



Die EU investierte letztes Jahr 53 Mrd. Euro oder 40 Prozent ihrer Budgetmittel in die Landwirtschaft. Die EU-Bauern müssen im Gegenzug höhere Auflagen erfüllen als ihre internationale Konkurrenz. (DPA)

„Nur ein Prozent Budgetmittel gehen an Bauern“

INTERVIEW. Landwirtschaftskammerpräsident Wlodkowski ist für die EU-Agrarpolitik und gegen die EU-Bürokratie.

VON WOLFGANG BÖHM

„Die Presse“: Vergangenen Herbst sind die Milchbauern auf die StraÙe gegangen, um gegen Preisverfall und für mehr EU-Unterstützung zu kämpfen. Ist das nur ein Vorbote für Kontroversen, die Europa mit den Verhandlungen über das Agrarbudget 2014 bis 2020 zu erwarten hat?

Gerhard Wlodkowski: Im Jahr 2009 gab es nicht nur Probleme mit der Milch. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat voll auf die Landwirtschaft durchgeschlagen. Auch bei Getreide, Obst, Fleisch hatten wir einen drastischen Preisverfall. Das hat dazu geführt, dass die heimischen Bauern im vergangenen Jahr Einkommensverluste von 20 Prozent hinnehmen mussten. Vor diesem Hintergrund müssen wir diskutieren, wie das Agrarbudget ab 2014 aussehen soll.

Gerade in der Wirtschaftskrise gibt es starke Argumente, das Geld möglichst dort einzusetzen, wo es Arbeitsplätze schafft, wo es die Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöht. Ist das wirklich die Landwirtschaft? **Wlodkowski:** Ziele der Agrarpolitik sind die Absicherung der Einkommen der österreichischen Bauern und die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln. Außerdem stehen hier viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Von der Landwirtschaft sind allein in Österreich insgesamt 500.000 Arbeitsplätze abhängig.

Derzeit ist die Landwirtschaft aber eher ein sterbendes Gewerbe. Pro Jahr werden bis zu 1000 Betriebe geschlossen.

Wlodkowski: Wir sollten aufzeigen, was hier auf dem Spiel steht: Zum einen geht es um die Aufrechterhaltung der ländlichen Räume. Es geht um die Grundlage unseres Fremdenverkehrs, der von einer schönen Landschaft lebt. Wir haben ein Bedürfnis nach gesunden Lebensmitteln. Wir sehen aber auch, dass sich für die Landwirtschaft neue Geschäftsfelder eröffnen. Ich bin überzeugt, die Preisentwicklung bei Energie führt dazu, dass die Produktion erneuerbarer Energie für die Landwirtschaft ein wesentlicher Faktor wird. Damit können gerade in strukturschwächeren Gebieten Arbeitsplätze geschaffen werden.

Besteht aber nicht auch die Gefahr, dass die Landwirtschaft dadurch ihr Grundziel, die Lebensmittelversorgung, vernachlässigt?

Wlodkowski: Wir haben in Österreich zehn Prozent der Agrarflächen stillgelegt gehabt. Seit ein paar Jahren sind wir wieder dabei, diese Flächen zu bewirtschaften. Für die Energieerzeugung verwenden wir europaweit derzeit zwei Prozent der Fläche. Ich sehe also keine Gefahr, dass es zu einer Konkurrenzsituation kommt.

Die EU förderte im vergangenen Jahr die Agrarbetriebe mit 53 Milliarden Euro. Das sind 40 Prozent des EU-Budgets. Ist mitten in der Wirtschaftskrise zu rechtfertigen, dass eine Branche stärker unterstützt wird als die meisten anderen?

Wlodkowski: Das muss man ins rechte Licht rücken. Wenn wir die nationalen Budgets einbeziehen,

wird europaweit gerade ein Prozent der Budgetmittel für die Landwirtschaft ausgegeben. In Österreich geben wir für die Verwaltung zwölf Prozent aus, für die Landwirtschaft ein Prozent. Dieses Prozent ist gut angelegt und trägt dazu bei, das umzusetzen, was der Konsument will.

Der Konsument entscheidet ja mit seinem Einkauf, wohin die Landwirtschaftspolitik geht. Und diese Entscheidung richtet sich vielfach nur nach dem Preis, nicht nach der Herkunft oder der Qualität.

Wlodkowski: Wir haben deshalb eine Kampagne gestartet, um die positiven Auswirkungen aufzuzeigen, wenn Konsumenten zu heimischen Lebensmitteln greifen. Sie sichern damit die heimischen Arbeitsplätze. Professor Friedrich Schneider von der Universität Linz hat errechnet: Wenn die Österreicher zehn Prozent mehr heimische Lebensmittel kaufen, so

würden wir damit 30.000 Arbeitsplätze schaffen.

Aber wie kann die heimische Landwirtschaft mithalten, wenn hierzulande importiertes Schnitzfleisch um 2,99 Euro pro Kilogramm angeboten wird?

Wlodkowski: Wir können mithalten. In den Siebzigerjahren haben die Konsumenten noch 30 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgegeben, heute sind es 13 Prozent. Die EU-Gelder haben natürlich auch niedrigere Produktpreise ermöglicht. Wir müssen die Landwirtschaft sicher noch wettbewerbsfähiger machen, durch mehr Investitionsförderung, Reduzierung von Auflagen. Eines geht sicher nicht: Wir können nicht mit Importprodukten mithalten, die unter ganz anderen Bedingungen produziert wurden – Käfighühner statt heimischer Freilandhühner, Obst mit hierzulande verbotenen Spritzmitteln statt gesund produ-

zierten Obst aus österreichischen Betrieben. Wir können nicht durch die WTO alle Türen aufmachen, ohne den Bauern einen Ausgleich für ihre strengeren Auflagen anzubieten.

2015 soll die Milchquote auslaufen, ab dann sollen Angebot und Nachfrage die Produktion bestimmen. Warum läuft die Landwirtschaft dagegen Sturm, so zu produzieren wie jeder andere Wirtschaftszweig?

Wlodkowski: In vielen Bereichen gibt es ja Marktmechanismen wie bei Holz, Fleisch. Da gibt es bereits vollen Wettbewerb. Und auch bei Milch ist das großteils der Fall. Das Problem an der Landwirtschaft ist, dass wir in freier Natur produzieren. Wir können die Erntemengen nicht voraussagen. Deshalb muss es Ausgleichsinstrumente geben. Wir sehen zudem, dass auch die Finanzwirtschaft in die Landwirtschaft eingestiegen ist und mit ihren Spekulationen zu weiteren Verwerfungen beiträgt.

Wer mit Bauern redet, weiß, dass sie seit dem EU-Beitritt vor allem an einer dramatisch gestiegenen Bürokratie leiden. Kann das verbessert werden?

Wlodkowski: Der bürokratische Aufwand ist groß, und er muss reduziert werden. Im Agrarbereich gibt es zwar nur vereinzelt Unregelmäßigkeiten bei der Verrechnung von EU-Zahlungen, weil die Kontrollen sehr scharf und die Sanktionen hart sind. Die Leidtragenden sind aber die Bauern, denn in den letzten Jahren wurde hier teilweise sicher überzogen.

ZUR PERSON

■ **Gerhard Wlodkowski** ist der oberste Bauernfunktionär Österreichs. Der heute 61-jährige Steirer übernahm als 17-Jähriger den Hof seines Vaters in Gosdorf nahe Mureck. Er war Obmann der Landjugend, Vorsitzender des steirischen Bauernbundes, bevor er 2007 das Amt des Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich von seinem Vorgänger Rudolf Schwarzböck übernahm. (Clemens Fabry)

